



HEUTE IN DER TAZ



KONTROVERS Boris Palmer, Tübingens grüner Oberbürgermeister, meint, man könne nicht allen Flüchtlingen helfen. Ein Streitgespräch ▶ SEITE 3

PROVOKATIV Stiftung lädt Politiker – auch von der AfD – zum Vorlesen in Schulen ▶ SEITE 7

ABGEROCKT Warschau mag kein Woodstock-Festival mehr ▶ SEITE 21

Fotos: Boris Schmalenberger, Fox

FREE DENIZ
verboten fördert die Freilassung von Deniz Yücel.

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Den Haushalt führen, Golfbälle auf sammeln und dabei elektronische Funkempfänger tragen: Ein Viersternegeneral in Südkorea und seine Ehefrau haben nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation Soldaten als Sklaven gehalten. Demnach zwang das Paar die Soldaten auch, abgeschnittene Fußnägel und Hautschuppen aufzusammeln. Das Ehepaar zwang die Rekruten, von 6 bis 22 Uhr zu arbeiten, und nötigte sie zum gemeinsamen Kirchenbesuch – auch wenn sie anderer Konfession waren. Viel ziviler wäre es natürlich gewesen, die Soldaten

an die Front zu schicken.

TAZ MUSS SEIN

Die tageszeitung wird ermöglicht durch 17.125 GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13
Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de
Anzeigen: 030 | 25 90 22 38 | 90
fax 030 | 25 10 66 94
anzeigen@taz.de
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
tazShop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 25 15 30, briefe@taz.de
taz.die tageszeitung
Postfach 610229, 10923 Berlin
taz im Internet: www.taz.de
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

Autolobby in die Flucht geschlagen

DIESELGIPFEL Das Treffen von Politik und Autokonzernen muss nach Protesten ins Innenministerium verlegt werden. Hersteller versprechen zum Großteil längst versprochene Nachrüstung ▶ SEITE 4



Die Beweglichen: eine der Protestgruppen, die am Mittwoch ihre Demonstration spontan vom Verkehrs- zum Innenministerium verlegten Foto: Kay Nietfeld/dpa

KOMMENTAR VON GEREON ASMUTH ÜBER DEN DIESELGIPFEL

Ein trauriger Witz

Es ist der Witz des Tages: Treffen sich ein paar Umweltfreaks vor dem Verkehrsministerium – schon flüchtet die Autolobby! Deutlicher kann man die desolote Lage der Autorepublik gar nicht beschreiben. Die Manager und die mit ihnen verbandelten Politiker müssen Asyl im Innenministerium suchen, um über die Dieseldiaterie zu reden.

Das ist aber auch die einzige erhellende Neuigkeit. Die angekündigte Nachrüstung von Dieselaautos ist nichts als teure Kosmetik. Wegweisenderes konnte der Gipfel nicht bringen. Denn die Konzerne haben ein Problem. Sie sind too big to fail – zu groß, um zu stürzen. Zu mächtig. Zu unangreifbar. Jeder weiß das.

Sie sind wie manövrierunfähige Tanker, die nur geradeaus fahren können. Vielleicht können sie aus eigener Kraft noch minimal abbrem sen. Aber sie steuern unweigerlich auf die Klippe zu. Die betrügerische Bande wird aus falsch verstandenen Selbsterhaltungstrieb weitermachen, auflaufen und untergehen. Jeder weiß das.

„Der Privat-Pkw mit Verbrennungsmotor ist das Nokia-Handy kurz vorm iPhone. Man dachte, man braucht es, und zwei Wochen später war's obsolet“, twitterte kürzlich der Ex-Pirat Christopher Lauer. Er hat recht. Wer auf ein veraltetes Produkt setzt, wird über kurz oder lang von der Konkurrenz hinweg-

gefegt. Das ist so im Kapitalismus. Jeder weiß das.

Der real existierenden Autoindustrie müsste man keine Träne nachweinen – hätte sie nicht tatsächlich eine unübersehbare Bedeutung für die hiesige Wirtschaft. Aber retten könnte sie nur ein Weg: denkbar schärfste Vorgaben durch die Politik, die sie zum notwendigen, radikalen Umbau zwingt. Für die Umwelt,

Die Autokonzerne könnte nur ein Weg retten: schärfste Vorgaben der Politik

für die Gesundheit der Menschen, für die Arbeitsplätze und – falls jemand ein Unsinnargument in globalisierten Zeiten braucht – für Deutschland. Dummerweise sind CDU, CSU, SPD und FDP Teil des Problems. Jeder weiß das.

Es bräuchte eine mutige, radikalökologische Opposition, die – nur mal so als Idee – 5 Mark pro Liter Benzin fordert. Nicht um der Autoindustrie zu schaden, sondern um sie zu ihrem Glück, zum sozialökologischen Umbau zu zwingen. Also die Grünen. Aber die regieren ja auch mit. In der Daimler-Stadt Stuttgart. Jeder weiß das.

Und deshalb bleibt einem selbst nach dem besten Dieseldiateriewitz das Lachen im Hals stecken.

Italien setzt Seenotretter fest

MITTELMEER Staatsanwaltschaft wirft Flüchtlingsrettern Begünstigung illegaler Einwanderung vor und beschlagnahmt ihr Schiff

BERLIN taz | Italien hat den Druck auf die Seenotrettungs-NGOs im Mittelmeer verstärkt: Das Schiff „Juventa“ der deutschen Initiative „Jugend Rettet“ wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Am Dienstag hatte die Rettungsleitstelle MRCC in Rom die „Juventa“ nach Lampedusa zurückbeordert. An Bord befanden sich zwei gerettete Syrer. Die „Juventa“ erreichte, eskortiert von der Küstenwache,

den Hafen der Insel um 1 Uhr früh. Am Mittwochmorgen begann die Polizei, die 15-köpfige, überwiegend aus Deutschen bestehende Crew zu verhören. Später präsentierte sie einen Durchsuchungsbefehl.

Am Nachmittag meldeten dann italienische Medien, die Staatsanwaltschaft von Trapani auf Sizilien habe die Juventa beschlagnahmt. Das sei eine „präventive Maßnahme“. Die Besatzung des Schiffs „Juventa“ stehe

im Verdacht der Begünstigung illegaler Einwanderung.

„Jugend Rettet“-Sprecher Titus Molkenbur sagte der taz, die Behörden hätten sich auf ein seit 2016 laufendes Ermittlungsverfahren gegen unbekannt wegen Beihilfe zur illegalen Einreise berufen. Die „Juventa“ soll am Donnerstag zu weiteren Ermittlungen von Lampedusa nach Sizilien überführt werden. Die Crew sei auf freiem Fuß, so Molkenbur.

Erst am Dienstag hatte es ein Treffen zwischen den Rettungs-NGOs und dem italienischen Innenministerium gegeben. Dabei hatten sich fünf der acht NGOs geweigert, einen Verhaltenskodex der italienischen Regierung zu unterschreiben. Eine davon war „Jugend Rettet“. Die NGO hatte sich vor allem deshalb geweigert, den Kodex zu unterschreiben, weil er sie dazu verpflichten würde, Gerettete mit ihrem eigenen Schiff nach Ita-

lien zu bringen, statt sie an größere Schiffe zu übergeben.

Unterdessen stimmten am Mittwoch beide Kammern des italienischen Parlaments für einen Militäreinsatz in libyschen Hoheitsgewässern. Nach einer entsprechenden Bitte der libyschen Regierung in Tripolis soll Italiens Marine Schlepper bekämpfen und Flüchtlinge abfangen und nach Libyen zurückbringen.

► Ausland SEITE 10

CJA



4 190254 801600

40631